

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe
hilt einen Antrag im Reichstagsrat eine außerordentliche Ver-
sammlung ab. Betreffend vom 5. Ende durch ca. 200 Delegierte.
Baumeister Landtags-Abg. Reichstagsrat einflussreich. Verhandlungen
mit einer Minorität in der auf die historische Entwicklung
der deutschen Arbeitgeber-Vereine näher eingang. Ein
dauender Friede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer
wird nur geschlossen zwischen klaren Organisationslinien.
Die Arbeiter halten die Arbeitgeber mit den Forderungen genau zu
überwachen, dabei ist eine leistungsfähige Tätigkeit der Arbeitgeber zu
Lage erforderlich. Man habe in der Verfassung des Bundes eine
Generalaufsicht der deutschen Arbeiter in Ermöglichung gegeben,
aber man habe schließlich darauf verzichtet. Die Einigungs-
bedingungen seien ebenfalls für beide Teile. Jedemfalls
hat der Bund schon einen Erfolg erzielt, denn ohne
seine Hilfe wären die Arbeiter unter ungünstigen
Bedingungen nicht angenommen. Der Minister brachte folgende
Resolution in Vorlesung: „In den jetzt bestehenden Bauhandwerker-
Verbänden in Berlin hat sich das Vorhandensein eines deutschen
Baugewerkebundes für das Baugewerbe als außerordentlich
fruchtbar erwiesen und es ist daher außer jeder Zwei-
deutlichkeit festzustellen, dass überall da, wo solche Ver-
einigungen noch nicht bestehen, dergleichen Vereine zu
bilden. Diese Organisationen sollen dem deutschen Arbeit-
gebäude für das Baugewerbe beitragen, denn nur durch eine frucht-
bare Vertretung der gemeinsamen deutschen Baugewerke wird in
zukünftiger Zeit der Friede zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern
aufrecht zu erhalten sein.“ Baumeister Döbler-Berlin gab einen aus-
süßlichen Bericht über den Vorkommnis in Berlin. Ihm schlossen
sich andere Redner aus der Provinz an. Die Resolution wurde von
allen Rednern empfangen und von der Versammlung lobend
angenommen.

* Die die Münch. Allgem. Bg. aus Berlin erfährt, behauptet
die nationalsozialistische Partei des Abgeordnetenhaus, daß nicht die
genannte Reichstagsaktion für Verweigerung der Vorlage zum Schutz
der Arbeitseinstelligen an eine Kommission getrimmt hat.

* Die Aufhebungs-Kommission hat im vergangenen
Jahre gemeinschaftliche Besichtigungsreisen für diejenigen west-
deutschen Bauern eingeleitet, die zum Teil geistlich, sich im Osten
angehören. Diese Frühjahrs haben sich drei Trupps solcher
Besichtigungsreisenden, im Ganzen etwa 200 Personen, eine
Reise Aufhebungsreisen angetreten. Der größte Teil davon
hat, wie jetzt aus Bayern mitgeteilt wird, Kaufverträge ab-
geschlossen. Im vergangenen Jahre wurden rund 600 Bauern
verkauft. Die Kommission geht sich der Hoffnung hin, in
diesem Jahre einige hundert Bauern mehr an den Mann zu
bringen.

* Das Eingehen des polnisch-sozialdemokratischen
Vergarbeitsbundes „Gornik“ in ein schwerer Schlag für
die sozialdemokratische Vergarbeitsbewegung überhaup. Der
Polnisch-Sozialistische Verband hatte vor 1½ Jahren das Blatt
sein Leben gerufen, um die zahlreichen polnischen Bergleute in
Hinführung und Wehalten von sozialdemokratischen Lager
hinüberzuführen. Das ist nicht gelungen, obgleich das
Blatt große Summen verschlungen hat. Der Vorstand
des Verbandes sucht nun in einem Aufrufe an die
polnisch redenden Kameraden das Eingehen des Blattes damit
zu begründen, daß er erklärt: „Vor 1½ Jahren haben wir
auf Wunsch der Kameraden den „Gornik“ herausgegeben, um
den polnischen Arbeitern entgegenzukommen. Heute haben wir
dabei in den Reihen der Kameraden, besonders in Ober-
schlesien, gute Fortschritte gemacht, aber es hat sich gezeigt,
daß wohl kein hindrängendes Bedürfnis für ein polnisches
Blatt vorhanden ist. Alle Mitglieder verlangen die deutsche
Zeitung, ja viele wollen wohl gar kein anderes Blatt als
ein deutsches Organ haben. Sie sprechen und lesen vornehmlich
deutsch, zum Teil wollen sie gar nicht als Polen angesehen
sein.“ Aber das ist eine leere Aussicht, denn früher ist ja
immer von der sozialdemokratischen Agitationen darüber gesagt
worden, daß sich die polnischen Bergleute in erster Linie als
Polen und erst in zweiter Linie als Arbeiter fühlen und daß deshalb
das Fehlen eines polnisch-sozialistischen Vergarbeitsblattes ein
schwerer Nachteil sei. Das Eingehen dieses Blattes beweist
also, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Agitation unter den
polnischen Bergleuten flüchtiges Glasso gemacht hat.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 27. Juni 1899.

Am Ministertisch von Miquel, Schöndorf, von Hammerstein.
Der Abg. Dr. Reichert hat sein Plakat über die Verfassung
der zweite Verfassung des Entwurfs einer Ausführungsgesetz
zum Bürgerlichen Gesetzbuch wird fortgesetzt beim Artikel 72: An-
legung der Wundelbücher.

Abg. Dr. van der Voegt (nl.) spricht seine Bedingung aus
über die Wundelbücher des Handelsregisteramtes be-
züglich der Wundelbücher (notuläre). Danach hätte der
Minister sich für die Erhaltung der Wundelbücher an die Wundel-
bücher der Hypothekendarstellungen ausprechen müssen. Er hat davon
abgesehen, daß er keine Garantie für die dauernde Sicherheit der
Wundelbücher darzustellen könne. Eine solche Garantie gibt
es überhaupt nicht für Wundelbücher, doch ihnen von Rechts-
wegen nicht gelingen, die Herren von der Wundel zu einer anderen
Uebereinstimmung zu bringen; aber ihre Ausführungen müssen
eingetragen werden. Bei der großen im Laufe
herzählenden Unruhe und Privatunterhaltung sind die Aus-
führungen des Redners nur zum Teil zu verstehen. Wenn die
Hypothekendarstellungen darauf beruht werden, daß ihnen von Rechts-
wegen die Wundelbücher verliert werden können, so ist das eine
sehr zweifelhafte Sache. Denn der Widerspruch der anderen Regie-
rungen wird sich darauf stützen, daß die preussische Gesetzgebung selbst
ja die Hypothekendarstellungen nicht übergeben hat. Wenn der Redner
behauptet, daß die Hypothekendarstellungen reichliche Gelegenheit
machen und daß sie den landwirtschaftlichen Kredit nicht beeinträchtigen.
Die Wundelbücher der Hypothekendarstellungen sind sicherer als die
Hypothekendarstellungen; die Reichsbank macht wieder diesen Widerspruch
in den Statuten, aber in ihren Interessen. Sollten Unzu-
verlässigkeiten eintreten, so ist die Regierung nach dem Kommissions-
bericht das Reichstagsrat über die Wundelbücher der Hypothekendarstellungen
gegen die Schrift des Dr. Voigt, deren Jiffen in der Kommission
verwendet worden, noch eine die Schrift erwidern, und diese
Reaktion werden auch in einer dem Anhangminister sehr nahebedingten
Fassung gegen die Wundelbücher der Hypothekendarstellungen/Wundelbücher
verwendet.

Insidien ist ein Antrag des Abg. Camp (freilich) eingegangen,
im Falle der Abkündigung der Kommissionsvorlage und der geteilten
Anträge der Nr. 5 in Art. 72 folgende Fassung zu geben: „Die auf
den Inhaber lautenden Wundelbücher und gleichartigen Schuld-
verrichtungen einer Aktien-Gesellschaft, die auf Grund von
Forderungen an die Gesellschaften der Aktien-Gesellschaften
oder gegen Uebennahme der werten Gesellschaftung durch eine solche
Gesellschaft erworben sind.“

Justizminister Schöndorf: In der Frage des Dr. Voigt liegt
die Sache so, daß es keine der Verein für Gemeinwohl in Frank-
furt a. M. den Antrag, seinen jungen Sekretär Paul Voigt zum Zwecke
wissenschaftlicher Forschungen in Berlin aufzunehmen, zu genehmigen
einigen zu lassen. Ich habe meine Bedenken schwinden lassen, weil
mir verriet wurde, daß Voigt ein außerordentlich zuverlässiger
Mann sei, von dem ein Mißbrauch nicht zu fürchten sei. Um so
perwendbarer war ich, als vor einigen Monaten die Broschüre er-
schien. Dem Wunsch der Reichstagsrat vorzulegen ist für meine Person

nicht sehr hoch; aber aus der Broschüre können Vorwürfe nicht
nicht hergeleitet werden. Es handelt sich für uns nicht um den
Kampf des modernen Bürgerthums gegen den Feudalismus, sondern
um eine rechtliche Angelegenheit. Es geht nicht an, daß die
Wundelbücher der Hypothekendarstellungen zu den besten und sichersten
Anlagepapieren gehören, sie stehen durchaus nicht zurück hinter den
Forderungen. Von der Wundelbücher, meine eigene Erklärung sei
nur eine platonische Liebe. Wenn es sich bloß um mich handelte,
würde ich nicht ärgern, eine große Summe in Hypothekendarstellungen
hätten anzulegen. Es sind merkwürdige Anlegungsgegenstände für Leute, die
in der Lage sind, die Bewegungen des Marktes und der Kurse zu
verfolgen. Ich würde sie sogar mandem mündelbühleren Papiere
vorziehen. Aber darum handelt es sich nicht. Es handelt sich
darum, ob wir die bessere Liebe, die Herr v. d. Voigt
die andere Staaten ihren Wundelbüchern beibringt. Eine meiere
impulsiven sollen. Stellen Sie sich doch einmal die
Lage des Vormundes vor. Die mündelbühleren Papiere werden
immer fetter; er werdet sich an den Vorlieber. Der will es möglich
zu machen. Er kauft — legen wir eine Hypothekendarstellung. Der
Banker überträgt sie dem Vormund. Dieser prüft sie noch einmal,
und genehmigt sie. Er hat sich dem Vorlieber beibringt. Eine meiere
Controlle kann der Durchsichtsvormund oder nicht lösen. Und was
aus ihnen wird, ist unklar. Das ist der Punkt, wo es sich darum
handelt, ob die Papiere öffentlich oder aus privater Gesellschaften für
mündelbühleren erklärt werden sollen. Ich trete den privaten Gesellschaften
daran nicht entgegen, daß sie sich dem Vormund beibringt. Die
Papiere öffentlich Anhalten sind die Papiere privater Institute nicht.
Wenn Sie sagen, ohne Mündelbühleren würden sie an ihrer Kon-
funktionsfähigkeit verlieren, so distanzieren Sie dadurch ohne Noth und
ohne Grund. Die Wundelbühleren der Mündelbühleren wird gar nicht
die Folge haben. Wenn Sie nur zum notwendigen Schritte gehen,
werden Sie den Wundelbüchern der Mündelbühleren keinen Tropfen
Gefährdung werden Sie es ferner tun. Man hat den Stand-
punkt der Gerechtigkeit angefaßt, und das ist der Punkt, der mein
Vorwort besonders berührt. Man hat gesagt, man dürfe den preus-
sischen Anhalten die Wundelbühleren nicht vorkommen. I. weil
die anderen Staaten ihren Wundelbüchern beibringt. Wundelbüchern
wählen und 2. weil bei der Verweigerung der Wundelbühleren
auch viele andere Anlagen den Hypothekendarstellungen verfallen
bleiben würden, wenn sie so behandelt werden. Kann man davon
reden, daß es unrichtig ist, nicht dem Beispiel von anderen Staaten
zu folgen, weil gewissermaßen den anderen staatlichen Banken ein
solcher Antrag gegen die Wundelbücher beibringt. Ich habe nicht
den Willen, aber nicht verhindern können und der uns nicht veranlassen
von, unserer Uebereinstimmung abzuhelfen, von dem, was wir für
richtig halten. Wenn nun gesagt wird, die großen
Verkehrsanstalten dürfen nur in mündelbühleren Papiere
ihren Gelder anlegen, dann ist das ein Antrag, der Wundelbüchern
gewissen, man hätte diesen großen Verkehrsanstalten eine weit-
gehende Freiheit gewähren und ihnen erlauben sollen, aus über die
Wundelbühleren hinauszufragen. Wenn das eingeleitet würde,
würde ich nichts dagegen haben. Aber man kann nicht unangelehrt sagen:
weil nun nicht gelohnt, man muß sich dem Bedürfnis der Wundelbüchern
anhalten nur in mündelbühleren Papiere anhalten dürfen. So
Preußen den Kreis der mündelbühleren Papiere auf die Wundel-
bühleren privater Anhalten ausdehnen, so ist das für mich keine
Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit, die mein Vorwort vertreten muß, ist
jämlich die Gerechtigkeit gegen die Wundelbücher (Recht).

Abg. v. Henning: Hypothekendarstellungen, welche lediglich
das Gewinne für die Aktionäre ergeben wollen, können durchaus
nicht mit den Landbänken, die nur für die ihnen zukünftigen Land-
arbeiter arbeiten, die keine Gewinne erzielen wollen, verglichen werden.
Die Sicherheit bei landlichen Grundbüchern ist größer als die bei
städtischen Grundbüchern, die von den Hypothekendarstellungen vorzugsweise
betrieben werden.
Finanzminister Dr. v. Miquel: Der Kern der Sache ist noch
nicht berührt: das öffentliche Bedürfnis. Und das ist nicht vorhanden.
Staats- und kommunal-schulden, die Wundelbücher der Landbänken
vermehrten sich von Jahr zu Jahr. Von einem öffentlichen Bedürfnis
haben wir nichts gehört, nur ein persönliches Bedürfnis der Wundelbüchern
haben. Es ist richtig, recht. Ferner sind wir in Preußen je be-
zug, bis 1. Januar 1900 neue Bestimmungen über Wundelbühleren
zu treffen. In Wundelbüchern aber wäre es nicht lohn, wenn wir
partikularistisch vorgehen wollten. Im ersten Entwurf des Bürger-
lichen Gesetzbuchs hat sich der Bundesrat entschieden, daß die
Wundelbücher der Hypothekendarstellungen der Wundelbüchern
von Reich geregelt werden. Man will jetzt noch einigen Papiere
die Wundelbühleren verleihe, so könnte es nur unter dem Dr. a. eines
dringenden Bedürfnisses geschehen und das liegt nicht vor. Preußen
muß allen anderen Staaten in der Richtung der Grundzüge der
Rechtsgesetzgebung vorgehen, es darf nicht über den Rahmen
vor, das die Landbänken nicht betrieblieben können. Dies Bedürfnis
betrieblieben die Hypothekendarstellungen, aber die Wundelbüchern darf nicht
mit der Frage verwechselt werden, ob ihnen Papiere die Wundelbüchern
erhalten werden soll. Es geht auch noch andere Papiere von Unter-
nehmungen, die derselben Art sind, erheben können. Da man
sich nicht, die Wundelbüchern der Wundelbüchern. Die Wundelbüchern
sich nicht absolut fest. Der Herr Landbühlerenminister
hat zuerst von einer absoluten Sicherheit gesprochen, später hat
er sich selbst revidiert und nur von einer dauernden Sicherheit ge-
sprochen. (Große Sperrzeit.) Die moralische Verantwortlichkeit fällt
Jenen zu, die moralische des Herrn Staatssekretärs. Der Kommissar
denen wir die Banken kontrollieren, wäre ein unangenehmes
Schmerz. Die Hypothekendarstellungen in Eddelbühleren sind mit
anderen nicht zu vergleichen, denn sie müssen den städtischen und
landlichen Kredit befriedigen. Gerecht habe ich mich über den Aus-
spruch des Justizministers: Andere Gesetzgeber müssen wir nach
unserer eigenen Ansicht nicht unbedingt im Voraus auszusprechen
zu Wundelbüchern und im Staatsrecht müssen wir jetzt
die Erteilung der Wundelbühleren ablehnen. Stellt sich das Be-
dürfnis heraus, dann ist die geordnete Anlegung der Bundesrat.
Der könnte sogar den städtischen Banken die Wundelbühleren für
Preußen verleihe. Nichts ist gewöhnlich sich auch das Publikum mit
der Zeit dazu, die Banken zu unterstützen und nicht über einen
Kamm zu sprechen. Vorläufig aber kann uns nur die Frage leiten:
Wohin führt uns das Interesse der Wundel, wohin führt uns das
Interesse des Staates? Und aus diesen beiden Gesichtspunkten bitte
ich nochmals die Kommissionsfassung abzulehnen. (Sehr großer Beifall
rechts.)

Landwirtschaftsminister v. Cramerling: Als ich das Steno-
gramm meiner gestrigen Rede durchlas, fiel mir auf, daß ich zwei
verschiedene Ausdrücke gebraucht hatte: einmal sprach ich von einer
absoluten Sicherheit und dann von der erforderlichen dauernden
Sicherheit. Das Wort „absolut“ ist selbstverständlich nur relativ
zu verstehen. Ich habe seitdem die Wundelbüchern in meinen
Ausführungen geteilt und entschieden hervor, was
unter dem ersten Ausdruck zu verstehen ist. Ich habe
in jeder Beziehung das, was ich mit beiden verschiedenen
Ausdrücken habe gesagt, präzis zum Ausdruck gebracht. Wenn
Jemand erwidern will, daß es nicht möglich ist, 40 Ausdrückungen
rücksichtlich der Gebührenden auszusprechen, so bemerke ich,
daß ein absolut bewandter sachverständiger Herr mit
Hilfe eines sehr umfangreichen Büros die Aufgabe gelöst hat.
Wir haben diese Ermittlungen, soweit sie uns vorlagen, nachgeprüft
und sind zu der Meinung gekommen, daß diese Arbeit als Unterlage
für die Prüfung der Frage, ob eine Garantie vorliege oder nicht,
benutzt werden konnte.

Abg. Veltjouw (frei. Vg.) empfiehlt auch die Aufrecht-
erhaltung des Kommissionsbeschlusses unter Streichung der Worte:
„unter staatlicher Aufsicht stehend.“

Darauf wird die Debatte geschlossen.

Abg. Camp (frei.) erklärt, daß er zu seinem Bedauern, da
ihm das Wort abgenommen sei, seinen Antrag für die zweite Sitzung
zurückziehen wird.

Die ersten drei Minuten des Art. 72 werden angenommen.
Ueber die Wundelbücher 4 und 5 findet auf Antrag des Abg. v. Henning
namentliche Abstimmung statt. Für die beschlossene Abstimmung stimmen 127,
gegen 159, die Wundelbücher 4 und 5 sind abgelehnt. (Das Ge-

genß der Abstimmung wird auf der nächsten mit lauten Bravorufen
aufgenommen.)

Die Artikel 73 und 74 werden ohne Erklärung angenommen.
Der Artikel 75 Gemeinwohlminister beantragt Abg. Dr.
Wiener (frei. Vg.), daß auch Frauen zu dem Amte eines
Gemeinwohlministers berufen werden können. Man brauche nicht
alle Forderungen der Frauenvereine anzuerkennen, hier aber
handelt es sich um das weitestgehende Wohlthun der Frauen und
davor sollte man sich nicht scheuen.

Justizminister Schöndorf: Ich vernehme nicht, daß sich in
der Wundelbücher der Frauen ein erfolgreiches Gebiet der Thätigkeit
öffnen könnte, was aber das Gaus bitten, es bei den Kommissions-
bestimmungen zu belassen.

Abg. Broese (kon.) bittet, den Antrag abzulehnen; denn die
Frau geht nicht auf die öffentliche Wundelbücher.

Abg. Dr. Rangeshausen (frei. Vg.) weiß darauf hin, wo die
Frau als Hilfsarbeiterin in der Wundelbücher leisten könne.

Abg. Broese (frei. Vg.) empfiehlt ebenfalls den Antrag.
Preußen siehe in der Frauenfrage an letzter Stelle.

Justizminister Schöndorf: Preußen ist nicht ständisch; die
Frauen sind nicht vornehmlich, sie haben in diesem Artikel sogar
ein Recht erhalten, das sie nicht besitzen. Die anderen Staaten sind
uns erst nachgefolgt.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Lohmann (nat.-lib.)
und Dr. Wiener (frei. Vg.) wird die Beratung geschlossen. Der
Antrag ist nicht abgelehnt. Eine Reihe von Artikeln wird ohne
Erklärung angenommen.

Artikel 84 betrifft die Gerichtsstellen. Abg. Schmitz-Düssel-
dorf (C.) beantragt für die Eröffnung einer Verfügung von Zedewegen
nur fünf Beinhaltende der vollen Gebühr zu erheben.

Justizminister Schöndorf erklärt, daß darin die Bestimmung
der gegenwärtigen Kassenlisten liegen würde, die von der Bundesland-
gebäude, welche bei notariellen Testamenten gestellt werden müßte,
befreit sein.

Der Antrag Schmitz wird angenommen.

Abg. Wotzy (Pole) beantragt, die Abstimmung, wonach die Ge-
bühren für die Beurkundung eines Testaments durch ein Gericht
erhöht werden, wenn sich ein Zeigehilfer in fremder Sprache erklärt,
zu streichen.

Justizminister Schöndorf verweist auf die Begründung des
Centrums und auf die ausführlichen Darlegungen des Kommissions-
berichts, das es doch noch unmöglich ist, den Vorberore zu über-
winden. Aber ein Antrag vor dem Kommissionsrat, die von den
deutschen Gerichten gebührende, so eintritt daraus eine Mehr-
belastung der Gerichte, wofür eine höhere Gebühr erforderlich ist.

Abg. Kirsch (C.) erklärt sich namens des Centrums für den
politischen Antrag.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag des Abg. Schmitz (Centrum), für
einen Erbischen, der in Grundbuchlisten notwendig ist, unter ge-
wissen Umständen eine ermäßigte Gebühr schuldig, macht der
Justizminister Schöndorf geltend, daß die rechtsgebührende
Bestimmungen derzeitig beizubehalten nicht zulässig; deshalb
ist der Antrag nicht angenommen.

Der Antrag wird angenommen. Die Schlussbestimmungen werden
unverändert ohne Debatte genehmigt.

Schluss nach 5 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Zweite
Verhandlung der übrigen Zeitungsartikel.)

Parlamentarisches.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung
des Entwurfs der Verfassung des Reichstags vom
7. Juli 1891, begann gestern Abend ihre Arbeit mit einer
eingehenden Allgemeinbesprechung des Entwurfs, verbunden mit
der besonderen Erörterung der Einzelbestimmungen des einzigen
Vorschlags. Die Vertreter der Regierung ergreifen eine Reihe
grundgebührender und praktischer Erklärungen im Sinne der Ausführungen
des Abgeordnetenhauses des Reichstagsrat, die bei der
Fassung im Abgeordnetenhaus, namentlich vom finanziellen und
sozialpolitischen Standpunkte aus. Der Vertreter der
Freikämmerer schloß sich diesen Gedanken unter Hin-
zuweisung eigener Erklärungen im Wesentlichen an.
Alle anderen Redner erklärten sich mehr oder weniger vollständig für
den Antrag. Dieser wurde zunächst mit großer Beifall angenommen,
gleichzeitig aber auch eine zweite Fassung beschlossen. Für die nächste
Sitzung am Mittwoch werden bestimmte Erklärungen der Staats-
regierung erwartet.

In der Kammer-Kommission hat der Abg. Graf Stauffenberg
den Antrag gestellt, dem 1. der Vorlage dahin zu ergänzen, daß
zur Verbesserung der Verkehrswegen Oberbischleben und Berlin
dahin, daß die nicht kanalisiert Oberbischleben auch in trockenem Zeiten
eine Wasserstraße von 140 Meter erhalte, die für die Be-
förderung von Schiffen bis 450 Tonnern mit voller Ladung ge-
eignet ist, der V. Antrag von zunächst 25 Millionen Mark einges-
chloß wird.

Zur Friedenskonferenz.

Aus dem Saag kommt die Mitteilung, daß die Einwilligung
des Deutschen Reiches hinsichtlich des fakultativen Schiedsgerichts-
hofes bestimmt feststeht. Es würde außerdem, daß die größeren
Mächte auch eine größere Zahl von Richtern ernennen dürfen.
Die Verhandlungsfrage wurde als betrogen betrachtet werden.

Ausland.

Frankreich.

zur Lage.

Der „Figaro“ führt aus, daß das neue Kabinett seinen gestrigen
Sitz mühsam errungen habe, es gebe aber Stunden, wo die Schläge
breitab hallen. Der Tag, welcher mit dem beizugehen, aber der Wolkens
vergangen werden können, werde schließlich die Bedeutung des Tages von
Marengo oder Hohenlinden. — „Welt Posten“ sagt, die Ueber-
einstimmung des Kabinets mit dem Senat werde der Regierung die
nützliche Kraft geben, um ihre Mission zu erfüllen. — „Soleil“
schreibt, es sei ein neuer entauner, aber unbeliebbarer
und vielleicht schmerzhafter Sieg. — Drumont schreibt
in der „Globe“ über die Rede des Reichstags, daß gestrigen
Tages sehr nicht übermäßig in Erlaunen, es komme zu der Lage,
denn absolute Cerere die Juden seien. Die Bananisten und Dreifach-
bitten gelten triumphieren können, der Sieg werde von kurzer Dauer
sein. — Das „Echo de Paris“ schreibt, das Ministerium werde aus
dem heutigen Tage eine Linie stark ziehen können. — „Republik“,
der gestrige „Luz“ teilt die hier geäußerte Meinung mit, daß die
Dreifachfreunde, die überall herrschen und Frankreich mit
den schimmlichen Katalontoren bedrohen, herbeigerufen
werden sei. — Das „Journal“ sagt, Waldeck-Loullouf hat
seiner durch Brüssel gereist worden und habe sich mehr als jemals
als Gesandter eines Reiches gefühlt, der er immer beifällig habe.
Die heutige Zusammenkunft, seltsame Weisheit von geistlich ent-
sprech der Mehrheit der Kammer.

Nach Mitternacht des amtlichen Sitzungsprotokolls bestand die
Mehrheit, welche vorgelesen für das Kabinett stimmte, aus 168 Abge-
ordneten, 86 Sozialisten, 77 gemäßigten Republikanern und einem
Fortschrittlichen der Wunden, die Republikanern, 39 gemäßigten
Republikanern, 39 Nationalisten, 78 Monarchisten und
Republikanern und einem Radikalsocialisten. Der Abstimmung ent-
hielt die 29 gemäßigten Republikanern, darunter Charles Duval,
Strang, Ribot, Goblet und Barthou, ferner 19 Sozialisten, 13 Radikal-
socialisten und 12 Republikanern.

Der Abgeordnete Maurice Faure führte den Vorfall. Drouole
bringt einen Antrag ein auf Revision der Verfassung, der besagt,
an Stelle der parlamentarischen Republik eine erbliche zu setzen.
Drouole verlangt für seinen Antrag die Dringlichkeit.
Ministerpräsident Waldeck-Loullouf tritt sich gegen die Dringlichkeit

Höflichkeit und verlangt die Verurteilung des Antrages an die Kommission. (Widerspruch nicht.) Der Antrag wird dem Präsidenten vorgelegt. Der Präsident erklärt, dass er dem Antrage zustimmt. Der Antrag wird dem Präsidenten vorgelegt. Der Präsident erklärt, dass er dem Antrage zustimmt.

England.

In St. James' Palace ist gestern der Briefkasten geöffnet worden. Die Briefe sind in dem gewöhnlichen Verfahren abgeholt worden. In der Abendstunde kamen 10 Schiffe an. Am 28. Juni ist der Briefkasten geöffnet worden. Die Briefe sind in dem gewöhnlichen Verfahren abgeholt worden.

Telegramme.

Madrid, 28. Juni. Auf eine Anfrage erklärte der Minister des Innern, die Urkunden beizubehalten, die von den Aufständischen angegriffene Bevölkerung erwidert mit einer Sache, wobei eine Person tot blieb und eine schwer verletzt wurde.

Aus Nah und Fern.

Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen.

Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen.

Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen.

Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen.

Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen.

Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen.

Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen.

Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen.

Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen.

Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen.

Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen. Die Genesung des Großherzogs von Hessen ist nicht mehr ausgefallen.

Den Gerichtshof bilden die Herren Landgerichtsräte Goldschmidt, Nordhoff, Kästner, Schmidt, Pfeiffer, Staatsanwalt, Herr Hofrat Kästner, Verteidiger: Herr Rechtsanwalt G. v. ...

Den Gerichtshof bilden die Herren Landgerichtsräte Goldschmidt, Nordhoff, Kästner, Schmidt, Pfeiffer, Staatsanwalt, Herr Hofrat Kästner, Verteidiger: Herr Rechtsanwalt G. v. ...

Provinz Sachsen und Umgebung.

h. Eisen, 27. Juni. (Feuer.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in einer der sieben am Hofgarten (Nähe der ...)

h. Eisen, 27. Juni. (Feuer.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in einer der sieben am Hofgarten (Nähe der ...)

h. Eisen, 27. Juni. (Feuer.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in einer der sieben am Hofgarten (Nähe der ...)

h. Eisen, 27. Juni. (Feuer.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in einer der sieben am Hofgarten (Nähe der ...)

h. Eisen, 27. Juni. (Feuer.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in einer der sieben am Hofgarten (Nähe der ...)

h. Eisen, 27. Juni. (Feuer.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in einer der sieben am Hofgarten (Nähe der ...)

h. Eisen, 27. Juni. (Feuer.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in einer der sieben am Hofgarten (Nähe der ...)

h. Eisen, 27. Juni. (Feuer.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in einer der sieben am Hofgarten (Nähe der ...)

h. Eisen, 27. Juni. (Feuer.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in einer der sieben am Hofgarten (Nähe der ...)

h. Eisen, 27. Juni. (Feuer.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in einer der sieben am Hofgarten (Nähe der ...)

h. Eisen, 27. Juni. (Feuer.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in einer der sieben am Hofgarten (Nähe der ...)

h. Eisen, 27. Juni. (Feuer.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in einer der sieben am Hofgarten (Nähe der ...)

h. Eisen, 27. Juni. (Feuer.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach in einer der sieben am Hofgarten (Nähe der ...)

Table with exchange rates for various locations including Moskau, Straßburg, and others. Columns include location, date, and rate.

Börsen- und Handelszeitung.

Central-Stelle der Preussischen Landwirtschaftskammer. Notations-Zettel. 27. Juni 1899.

Table with market prices for various goods like wheat, flour, and oil. Columns include item name, price, and location.

Wienmärkte.

Wien, 26. Juni. (Bericht der Notations-Kommission.) Dem heutigen Markt waren angetrieben: 970 ...

Wien, 26. Juni. (Bericht der Notations-Kommission.) Dem heutigen Markt waren angetrieben: 970 ...

Wien, 26. Juni. (Bericht der Notations-Kommission.) Dem heutigen Markt waren angetrieben: 970 ...

Wien, 26. Juni. (Bericht der Notations-Kommission.) Dem heutigen Markt waren angetrieben: 970 ...

Wien, 26. Juni. (Bericht der Notations-Kommission.) Dem heutigen Markt waren angetrieben: 970 ...

Wien, 26. Juni. (Bericht der Notations-Kommission.) Dem heutigen Markt waren angetrieben: 970 ...

Table with exchange rates for various locations including Berlin, Hamburg, and others. Columns include location, date, and rate.

Wetter-Ansichten auf Grund der Berichte der deutschen Seewetter-Stationen.

Table with weather forecasts for various locations including Berlin, Hamburg, and others. Columns include location, date, and weather conditions.

Vertical text on the left margin, possibly a page number or reference.

Vertical text on the right margin, possibly a page number or reference.

